

*Originalveröffentlichung in: Edgar Wolfrum, Der Weg zur Einheit der deutschen Nation 1989/90 / Le chemin vers l'unité de la nation allemande en 1989/90, in: Volker Sellin (Hg.), Deutschland fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung. Beiträge eines Podiumsgesprächs an der Universität Heidelberg zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Universitätspartnerschaft zwischen Heidelberg und Montpellier am 24. Juni 2005, Müller, Heidelberg: Müller 2005, S. 3-14.*

## Der Weg zur Einheit der deutschen Nation 1989/90

*Edgar Wolfrum*

„Herr Bundeskanzler, im Augenblick fällt die Mauer!“, so hörte es Helmut Kohl aus dem Munde von Eduard Ackermann, seines engen Mitarbeiters im Bundeskanzleramt, am frühen Abend des 9. November 1989. Der Bundeskanzler befand sich auf einem Staatsbesuch in Polen, er und seine gesamte Delegation in Warschau waren von der eingetretenen Situation vollkommen überrascht. Wie sollten die Deutschen jetzt reagieren? Europa, ja die Welt, schaute mit Argusaugen auf die Bundesregierung.

Aus dem Kreml in Moskau kam die Nachricht, Michail Gorbatschow fürchte eine Eskalation der Ereignisse in der DDR, Kohl müsse alles in seiner Macht Stehende tun, um die Lage nicht zusätzlich zu destabilisieren. Tatsächlich drohte, wie nach Öffnung der Archive heute feststeht, von zwei Seiten die Anwendung von Gewalt, einerseits durch die NVA, und durch die verunsicherten sowjetischen Truppen andererseits. Oberstes politisches Ziel musste es sein, dass sich alles, was sich ereignete, friedlich und kontrollierbar vollzog. Auf der Großveranstaltung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin hielt sich der Bundeskanzler mit seinen Worten deshalb zurück. Der neben dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, ebenfalls anwesende Willy Brandt aber sagte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. Jetzt erleben wir, und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, daß ich dies miterleben darf: die Teile Europas wachsen zusammen.“

Diese Sätze erscheinen uns heute visionär, aber waren sie damals nicht verfrüht? Heute wissen wir: Mit dem Mauerfall setzte eine „Revolution der Staatenwelt“ ein, wie sie bis dahin unvorstellbar schien; der Fall der Berliner Mauer kam einem gesamteuropäischen Erdbeben gleich. Die Rahmenbedingungen europäischer Politik veränderten sich schlagartig, doch 1989 konnte noch niemand sagen, wohin die neuen Möglichkeiten den europäischen Kontinent und Deutschland führen würden. Das Ende des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges vollzog sich in Etappen.

Die beschleunigte Erosion im sozialistischen Lager hatte mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung in den 80er Jahren begonnen; sowohl die Entspannungspolitik ab 1969 als auch die neue Konfrontation seit den 80er Jahren hatten den Ostblock unterminiert. Michail Gorbatschow, der am 11. März 1985 das Ruder im Kreml übernahm, war zwar überzeugter Reformsozialist, aber die Gründe für seine Politik der Perestroika und des Glasnost sind auch in den strukturellen und aktuellen Krisen des sowjetischen Systems zu suchen. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums war von ihm nicht beabsichtigt. Mit seiner Politik wollte er vielmehr den Verfall verhindern, der jedoch, gerade im Gegenteil, dadurch noch an Fahrt gewann. Es macht einen Teil der historischen Größe Gorbatschows aus, dass er sich, als dies sichtbar wurde, diesem Prozess nicht mit Gewalt entgegenstemmte – wie seine Vorgänger es wohl getan hätten.

„Die DDR starb an sich selbst, doch die Bundesrepublik wirkte dabei mit“ – dieser Satz trifft in doppelter Weise zu: Zum einen erhielt das „Modell Bundesrepublik“ erst durch die Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel richtig Leuchtkraft, und zum anderen betrieb die Regierung Kohl/Genscher 1989 eine Politik, die zu keinem Zeitpunkt irgendeinen Zweifel daran aufkommen ließ, dass es ihr um die Abschaffung der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands ging. Ein freies Polen konnte sich jedermann vorstellen, doch eine freie DDR war undenkbar, denn im deutschen Fall war die Frage der Freizügigkeit immer mit der nationalen Frage verwoben; dies unterschied die Situation der DDR so gravierend von allen anderen Ostblockstaaten und machte für sie den Wandel lebensbedrohlich. Ohne den Schutz der Sowjetunion war die DDR dem Untergang geweiht. Die Krise verschärfte sich, als Zehntausende ostdeutsche Sommerurlauber im „sozialistischen Ausland“ in den dortigen Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, besonders in Prag, Zuflucht suchten, um ihre Ausreise in den Westen zu erzwingen. Außerdem öffnete Ungarn am 11. September 1989 seine Grenze nach Österreich; die Tschechoslowakei und Polen zogen bald nach. Die Flüchtlingskrise entwickelte sich zur Staatskrise. Die Stunden des uneinsichtigen Erich Honecker waren gezählt, am 18. Oktober wurde er durch Egon Krenz ersetzt. In Leipzig und in Ost-Berlin schwollen die Demonstrationen an; darüber hinaus formierte sich eine Oppositionsbewegung, erste Parteien außerhalb der Nationalen Front wurden gegründet.

Wie agierte die Bundesregierung, wie konnte sie agieren? Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass die Lösung der deutschen Frage nicht in deutscher Hand lag, sondern wesentlich an die internationalen Bedingun-



gen gebunden war. Entscheidend für den Verlauf des gesamten Prozesses blieb die Rolle der USA und der Sowjetunion. Freilich konnten beide ihre Politik auf Dauer nicht gegen die massenhafte Volksbewegung in Ostdeutschland ausrichten, in der bald die Rufe „Deutschland – einig Vaterland“, ein Zitat aus der ersten Strophe der DDR-Nationalhymne, dominierten. Von herausragender Bedeutung sollte es deshalb werden, dass die amerikanische Regierung unter George Bush sr. von Beginn an das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen als Richtschnur akzeptierte, eine deutsche Einheit auf der Grundlage der westlichen Werte anstrebte und der Bundesregierung bei ihrem Vereinigungsstreben Rückendeckung gab. Diese wiederum vollzog im November 1989 einen deutschlandpolitischen Kurswechsel: Nicht mehr Kooperation mit der DDR und ihre Stabilisierung, wie noch vor kurzem, standen auf der Agenda, sondern eine Politik der Stärke und die Forderung nach einem Systemwechsel. Beides wurde gegenüber der Sowjetunion in der Form konzilient, aber in der Position fest vertreten; die DDR-Regierung kam als politisch bedeutsamer Faktor eigentlich schon nicht mehr vor.

Am 28. November 1989 versuchte Helmut Kohl, seinen Führungsanspruch zu demonstrieren und veröffentlichte sein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“. Darin schlug er eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft basierend auf föderativen Strukturen zwischen den beiden deutschen Staaten vor. Mit dieser Initiative stieß Kohl zunächst auf erhebliche Widerstände sowohl bei seinen europäischen Amtskollegen, denen alles viel zu schnell ging, als auch beim noch zögernden Gorbatschow. Ein Ziel wurde indessen umgehend erreicht: Der Prozess der Auflösung der DDR beschleunigte sich noch weiter; die Bürgerbewegungen und Parteien nahmen an Gewicht zu. Auf dem internationalen Parkett reagierten die Vereinigten Staaten mit „Vier Prinzipien“ auf Kohls Programm: Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts; ein nicht überstürzter, sondern schrittweiser Prozess; Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa; weitere Zugehörigkeit Deutschlands zur EG und zur NATO. Im Februar 1990 wurde in Camp David der deutsch-amerikanische Schulterschluss vollzogen, d.h. die jeweiligen Positionen aufeinander abgestimmt. In der Folge übernahmen die USA die Führung auf der internationalen und der sicherheitspolitischen Ebene und die Bundesrepublik auf der nationalen sowie ökonomischen. Am 6. Februar 1990 schlug Bundeskanzler Kohl der neuen DDR-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow Verhandlungen über eine „Währungsunion mit Wirtschaftsreform“ vor. Gorbatschow gab Bundeskanzler Kohl und Außenminister

Genscher am 10. Februar 1990 in Moskau sein grundsätzliches Einverständnis zur Schaffung einer deutschen Einheit.

Das größte Problem lag in der Frage der Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschland. Für den Westen bedeutete dieser Aspekt die Schlüsselfrage; seit den Stalin-Noten von 1952 war klar, dass von ihm nur eine „westliche Variante“ akzeptiert werden würde. Und für die Sowjetunion war es eine Frage des Prestiges und des Ansehens, denn wenn sie der Forderung nach NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zustimmte, würde sie definitiv die Niederlage im Kalten Krieg eingestehen müssen. Dementsprechend schwer tat man sich auf sowjetischer Seite. Doch am 31. Mai 1990 gab Gorbatschow im Kabinettsaal des Weißen Hauses, für die übrigen Anwesenden völlig überraschend, „grünes Licht für den schwierigsten Engpass auf dem Weg zur deutschen Einheit“. Er sprach sich dafür aus, einem vereinigten Deutschland selbst die Entscheidung zu überlassen, zu welchem Bündnis es gehören wolle. Das war ein gewaltiger, ein erklärungsbedürftiger Schritt. Michail Gorbatschow selbst nennt in seinen Memoiren drei Gründe dafür, dass er Deutschlands Wiedervereinigung auch zu seiner eigenen Sache machte: Erstens moralische Gründe – keine Nation durfte auf ewig gespalten bleiben, Schuld konnte man nicht verewigen; zweitens politische Gründe – die sowjetischen Truppen durften in der DDR nicht zu deren Rettung eingreifen, weil dadurch die Perestroika unmöglich geworden wäre; drittens strategische Gründe – ein allgemeines Sicherheitssystem musste an die Stelle der Blockkonfrontation treten. Hinzu kam, dass Kohl im richtigen Augenblick der Sowjetunion eine großzügige Wirtschaftshilfe für ihr Wiedervereinigungsplazet anbot. Ferner zahlte sich das gegenseitige Vertrauen zwischen Kohl und Gorbatschow sowie zwischen den beiden Außenministern Genscher und Schewardnadse aus.

Die Kühnheit und Weitsicht des sowjetischen Staatspräsidenten stießen nicht überall im Westen auf begeisterte und ungeteilte Zustimmung. In Großbritannien und Frankreich, aber auch in Italien, gab es erhebliche politische Vorbehalte gegenüber einer deutschen Einheit. Zwar hat es kein anderes Ereignis in der ganzen deutschen Geschichte gegeben, an dem so viele Menschen der Welt mit solcher Freude Anteil genommen haben, wie den Fall der Berliner Mauer, der ausgerechnet noch im Jahr des 200. Jubiläums der Französischen Revolution erfolgte. Aber kein Staat in Europa wünschte sich vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine Machtkonzentration von 80 Millionen Deutschen; manche fürchteten sie regelrecht und malten das Schreckgespenst eines „Vierten Reiches“ an die Wand. Besonders die britische Premierministerin Margaret Thatcher

lehnte ganz unverblümt eine geballte deutsche Macht in der Mitte Europas ab. Deutschland schwankte in ihren Augen seit jeher zwischen Aggression und Selbstzweifeln hin und her, es sei eine Kraft der Destabilisierung, und nun drohe das europäische Gleichgewicht durch eine „teutonische Hegemonie“ ersetzt zu werden. Giulio Andreotti, der italienische Regierungschef, sah es ähnlich, wenngleich er maßvollere Worte fand. Auch Deutschlands engster Verbündeter in Europa, Frankreich, geriet ins Zweifeln. Zwar hielten wenige Monate vor dem Fall der Mauer, Anfang Juli 1989, 53 % der befragten Franzosen eine Wiedervereinigung „für keine schwere politische Gefahr mehr für Europa“ (gegenüber immerhin 29 %), doch Präsident François Mitterrand, der gute Freund Helmut Kohls, gestand Gorbatschow, dass er kein begeisterter Anhänger der deutschen Einheit sei. Sein Staatsbesuch in Ost-Berlin im Dezember 1989 irritierte, ja brüskierte viele Westdeutsche; immerhin war es der erste Besuch eines Staatsoberhauptes der drei Westalliierten in der DDR, und das ausgerechnet in ihrer Todesstunde. Wollte er die DDR konservieren, retten? Wohl kaum. Doch Mitterrand wollte den Prozess abbremsen, ihn verzögern. Als er indessen erkannte, dass sich die Wiedervereinigung mit diplomatischen Mitteln nicht aufhalten ließ, setzte er auf eine noch engere Einbindung Deutschlands in Europa. Die deutsch-französische Initiative zu einer Europäischen Union im Frühjahr 1990 war ein Signal an die Partner der Deutschen im Westen: Das vereinigte Deutschland würde nicht nur grundsätzlich fest im Westen verankert bleiben, sondern die Westbindung mit seinem Beitrag zur Vertiefung und Integration auch dauerhaft stärken und weiter ausbauen. Der am 28. April 1990 in Dublin tagende Europäische Rat begrüßte die deutsche Einigung als „positiven Faktor“ für den europäischen Einigungsprozess.

Die „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen konnten am 12. September 1990 beendet werden: In Moskau wurde der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ unterzeichnet. Er beendete die Rechte und Verantwortlichkeiten der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin. Die Bundesrepublik erhielt die volle Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten. Ihre Grenzen waren nun „endgültig“. Deutschland verzichtete auf die Herstellung und den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen; die Höchstgrenze der deutschen Streitkräfte sollte 370 000 Soldaten betragen. Deutschland hatte freie Bündniswahl, das hieß ohne jeden Zweifel, es gehörte der NATO an. Außenpolitisch und international wurde die deutsche Wiedervereinigung somit zu westlichen Maximalbe-

dingungen abgeschlossen, wie es die Bundesregierung Anfang 1990 nicht für möglich gehalten hätte.

Am 3. Oktober 1990 traten die fünf Länder der DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Dabei war Art. 23 des Grundgesetzes („Beitrittsartikel“) angewendet worden; danach wurde dieser Artikel durch einen neuen ersetzt, der die Mitwirkung der Bundesrepublik an der Schaffung einer europäischen Union festschreibt („Europaartikel“). Auf der großen Einheitsfeier vor dem Berliner Reichstag am gleichen Tag präsentierte sich die Bundesrepublik Deutschland freudig, aber maßvoll, friedlich und weltoffen.

„Das Erfolgsrezept der Vereinigung“, so Werner Weidenfeld, „lag letztlich in einer Verbindung einzelner Faktoren: günstige Rahmenbedingungen, staatsmännisches und diplomatisches Geschick und schließlich eine beachtliche Prise ‚glücklichen Zufalls‘“. Die Regelung der internationalen Aspekte, der „äußeren“ Einheit war ein staunenswerter Erfolg. Nach 1990 ging es um nichts Geringeres als um die Neubildung der deutschen Nation. Viel schwerer ruhte deshalb, aber das war 1990 für viele noch nicht abzusehen oder wurde im (berechtigten) Hochgefühl ausgeblendet, die Last der „inneren“ Einheit einer Nation, die sich im Verlauf von 40 Jahren politisch, wirtschaftlich, kulturell und mental auseinander gelebt hatte.

# Le chemin vers l'unité de la nation allemande en 1989/90

*Edgar Wolfrum*

«Monsieur le chancelier, le mur est en train de tomber!» entendit Helmut Kohl de la bouche d'Eduard Ackermann, son collaborateur le plus proche à la chancellerie, au début de la soirée du 9 novembre 1989. Le chancelier se trouvait alors en visite d'Etat en Pologne, lui et sa délégation furent extrêmement surpris par cette nouvelle situation. Comment les Allemands devaient-ils maintenant réagir? L'Europe, voire le monde entier, avaient les yeux braqués sur l'Allemagne.

Du Kremlin à Moscou parvint la nouvelle que Mikhaïl Gorbatchev craignait une aggravation des événements en RDA, que Kohl devait faire tout ce qui était en son pouvoir pour ne pas contribuer à déstabiliser la situation. Il y avait en effet des menaces de violence des deux côtés, comme nous le savons aujourd'hui après l'ouverture des archives, d'un côté de la part de la NVA (Armée Nationale Populaire), et de l'autre côté par les troupes soviétiques inquiètes. L'objectif politique suprême devait être que tout ce qui se passait devait se dérouler d'une manière paisible et contrôlable. C'est pour cela que le chancelier pesa bien ses mots lors de la grande manifestation devant l'hôtel de ville de Berlin. Mais Willy Brandt, qui était également présent aux côtés du ministre des affaires étrangères Hans-Dietrich Genscher et du maire de Berlin Walter Momper, dit: «A présent se réunit ce qui ne pouvait pas être durablement séparé. Nous vivons le moment – et je remercie Dieu de pouvoir y participer – où les différentes parties de l'Europe se rapprochent.»

Ces phrases nous semblent aujourd'hui visionnaires, mais n'étaient-elles pas à l'époque prématurées? Aujourd'hui nous le savons: avec la chute du mur commença «une révolution du paysage étatique» qui paraissait jusque-là inimaginable, la chute du mur de Berlin revenait à un tremblement de terre qui ébranlait toute l'Europe. Les conditions générales de la politique en Europe changèrent brusquement, mais en 1989 personne ne pouvait prévoir où les nouveaux événements mèneraient le continent européen et l'Allemagne. La fin du conflit est-ouest et de la guerre froide eut lieu par étapes. L'érosion accélérée du camp socialiste avait commencé dans les années quatre-vingt avec le mouvement des syndicats polonais; le

bloc de l'est avait été miné tout autant par la politique de détente à partir de 1969 que par la nouvelle confrontation depuis les années quatre-vingt. Mikhaïl Gorbatchev, qui prit le pouvoir le 11 mars 1985 au Kremlin, était certes un socialiste convaincu par la nécessité des réformes, mais les raisons de sa politique de perestroïka et de glasnost doivent également être cherchées dans les crises actuelles et structurelles du système soviétique. Son intention n'était pas de contribuer à la dissolution de l'empire soviétique. Par sa politique il voulut plutôt empêcher le déclin, mais aida, bien au contraire, à l'accélérer. Une partie de la grandeur historique de Gorbatchev provient du fait qu'il ne s'opposa pas avec violence à ce processus – comme l'auraient certainement fait ses prédécesseurs – au moment où ceci commença à apparaître.

«La RDA est morte d'elle-même, mais la République fédérale y contribua» – cette phrase vaut d'une double manière: D'une part le «modèle de la République fédérale» ne dut son aura qu'à la politique de détente du gouvernement Brandt/Scheel, et d'autre part le gouvernement Kohl/Genscher mena en 1989 une politique qui ne laissait à aucun moment de doute sur le fait qu'il souhaitait la suppression de la RDA et la réunification de l'Allemagne. Tout le monde pouvait imaginer une Pologne libre, mais une RDA libre était inimaginable car dans le cas allemand la question de la liberté a toujours été liée à la question nationale; c'est cela qui rendait la situation de la RDA si différente de celle de tous les autres pays de l'est et faisait que pour elle les changements menaçaient son existence. Sans la protection de l'Union soviétique la RDA était vouée à l'effondrement. La crise s'aggrava quand des dizaines de milliers de vacanciers est-allemands cherchèrent refuge dans les ambassades de la République fédérale d'Allemagne d'autres pays socialistes, en particulier à Prague, pour forcer le passage à l'ouest. De plus, la Hongrie ouvrit ses frontières vers l'Autriche le 11 septembre 1989; la Tchécoslovaquie et la Pologne la suivirent peu après. La crise des réfugiés devint une crise d'Etat. Les heures d'Erich Honecker qui ne voulait regarder la réalité en face étaient comptées, le 18 octobre il fut remplacé par Egon Krenz. A Leipzig et à Berlin-Est les manifestations devinrent de plus en plus importantes; en outre, un mouvement d'opposition se forma, les premiers partis en dehors du Front National (réunissant la SED et d'autres partis) furent fondés.

Comment réagit le gouvernement de la République fédérale, comment pouvait-il réagir? Au fond, il faut constater que la solution de la question allemande n'était pas entre les mains de l'Allemagne, mais était essentiellement liée aux conditions internationales. Le rôle des Etats-Unis et de



l'Union soviétique fut décisif pour l'ensemble du processus. Les deux ne pouvaient certes pas mener à long terme une politique contre le mouvement massif du peuple de l'Allemagne de l'est, où des slogans tels que «L'Allemagne – une seule patrie», une citation de la première strophe de l'hymne national de la RDA, dominèrent bientôt. C'est pour cela qu'il fut de la plus haute importance que le gouvernement américain de George Bush sr. accepta dès le début comme ligne directrice le droit des Allemands à disposer d'eux-mêmes, qu'il visa à restaurer une unité allemande sur la base du respect des valeurs occidentales et qu'il soutint le gouvernement fédéral dans sa volonté de mener à bien la réunification. Celui-ci changea au mois de novembre 1989 les grandes lignes de sa politique concernant la question allemande: Sa politique ne mit plus à l'ordre du jour – comme c'était encore le cas il y a peu de temps – la coopération avec la RDA et la stabilisation de celle-ci, mais une politique de force et la revendication d'un changement de système. Cela fut défendu face à l'Union soviétique d'une manière conciliante, mais ferme; le gouvernement de la RDA ne constituait déjà plus à vrai dire un acteur politique important.

Le 28 novembre 1989 Helmut Kohl essaya de démontrer son leadership en présentant son «programme en dix points pour surmonter la division de l'Allemagne et de l'Europe». Il y proposa une confédération contractuelle entre les deux Etats allemands se basant sur des structures confédérales. Cette initiative du chancelier allemand se heurta d'abord à d'énormes résistances aussi bien de la part de ses collègues européens, qui considéraient que tout allait trop vite, que de Gorbatchev qui hésitait encore. Un objectif fut néanmoins atteint de suite: le processus de désagrégation de la RDA continua à s'accélérer; les nouvelles forces politiques prirent de l'ampleur. Sur la scène internationale les Etats-Unis réagirent par «quatre principes» au programme de Kohl: la mise en pratique du droit du peuple allemand à disposer de lui-même, un processus non pas précipité, mais par étapes, l'inviolabilité des frontières en Europe et l'appartenance maintenue de l'Allemagne à la CE et à l'OTAN. En février 1990, les Etats-Unis et l'Allemagne scellèrent leur alliance à Camp David, c'est-à-dire les positions des uns et des autres furent coordonnées. Par la suite, les Etats-Unis prirent le leadership sur le plan international et dans le domaine de la politique de sécurité, et l'Allemagne sur le plan national et économique. Le 6 février 1990 le chancelier Kohl proposa au nouveau gouvernement de la RDA du ministre-président Hans Modrow des négociations autour d'une «union économique et monétaire». Le 10 février 1990 à Moscou, Gorbatchev donna au chancelier Kohl et au ministre des affaires étrangè-

res Genscher son accord fondamental à la réalisation d'une unité allemande.

Le plus grand problème fut la question des alliances militaires d'une Allemagne réunifiée. Pour l'ouest, cet aspect constituait la question cruciale: depuis les notes de Staline en 1952, il était clair que l'ouest n'accepterait qu'une «variante occidentale». Et pour l'Union soviétique il s'agissait d'une question de prestige et de renommée, car si elle acceptait la revendication de l'Allemagne d'appartenir à l'OTAN, elle reconnaîtrait définitivement sa défaite dans la guerre froide. C'est pourquoi cela suscita des difficultés du côté soviétique. Mais le 31 mai 1990 à la Maison blanche, Gorbatchev donna à la grande surprise des personnes présentes «le feu vert pour franchir le goulet d'étranglement majeur sur le chemin vers l'unité allemande». Il se déclara prêt à accorder la liberté à l'Allemagne unifiée d'adhérer aux alliances de son choix. C'était un pas gigantesque qui nécessite des explications. Dans ses mémoires, Mikhaïl Gorbatchev donne lui-même trois raisons qui expliquent pourquoi il fit de la réunification de l'Allemagne sa propre affaire. Premièrement des raisons morales – aucune nation ne devait être divisée éternellement, la culpabilité ne pouvait pas être perpétuée; deuxièmement des raisons politiques – les troupes soviétiques ne devaient pas intervenir pour sauver la RDA car sinon la perestroïka serait devenue impossible, troisièmement des raisons stratégiques – un système commun de sécurité devait remplacer la confrontation des deux blocs. A cela s'ajouta que Kohl proposa au bon moment une aide économique généreuse à l'Union soviétique en échange de son agrément pour la réunification. De plus, la confiance mutuelle entre Kohl et Gorbatchev ainsi qu'entre les deux ministres des affaires étrangères porta ses fruits.

L'audace et la clairvoyance du président soviétique ne rencontrèrent pas partout à l'Ouest une approbation enthousiaste et unanime. En Grande-Bretagne et en France, mais également en Italie, il y eut des réticences politiques énormes vis-à-vis de l'unité allemande. Certes, il n'a existé aucun autre événement dans toute l'histoire de l'Allemagne auquel tant de personnes dans le monde entier prirent part avec une telle joie comme ce fut le cas pour la chute du mur de Berlin qui se passa justement l'année du 200<sup>ème</sup> anniversaire de la Révolution française. Mais au vu de l'histoire du 20<sup>ème</sup> siècle, aucun Etat en Europe ne souhaitait un accroissement du pouvoir de 80 millions d'Allemands; certains le craignaient carrément et brandissaient déjà l'épouvantail d'un «Quatrième Reich». Le premier ministre britannique, Margaret Thatcher, en particulier refusa ouvertement une

puissance allemande concentrée au centre de l'Europe. A ses yeux, l'Allemagne oscillait depuis toujours entre agression et doutes profonds sur elle-même. Pour elle, l'Allemagne était une force de déstabilisation, et dorénavant l'équilibre européen risquait d'être remplacé par une «hégémonie teutonne». Giulio Andreotti, le chef du gouvernement italien, avait la même vision, bien qu'il choisît des mots plus mesurés. Même le partenaire le plus proche de l'Allemagne en Europe, la France, commença à douter. Certes, quelques mois avant la chute du mur, au début de juillet 1989, 53 % des Français interrogés jugeaient qu'une réunification «ne serait plus un très grand danger politique pour l'Europe» (contrairement à tout de même 29 % de l'opinion des interrogés), mais le président François Mitterrand, le grand ami de Helmut Kohl, avoua à Gorbatchev qu'il n'était pas un partisan fervent de l'unité allemande. Sa visite officielle à Berlin-Est au mois de décembre 1989 irrita et heurta même les Allemands de l'Ouest; c'était tout de même la première visite d'un chef d'Etat d'un des trois alliés occidentaux en RDA, et cela justement au moment où sa fin approchait. Voulait-il conserver la RDA, voire la sauver? Certainement pas. Mais Mitterrand voulait ralentir ce processus, le retarder. Au moment où il reconnut cependant que la diplomatie n'arrivait pas à arrêter le processus de réunification, il paria sur une intégration encore renforcée de l'Allemagne en Europe. L'initiative franco-allemande pour la création d'une Union européenne au printemps 1990 fut un signal pour les partenaires de l'Allemagne en Europe: L'Allemagne unifiée ne resterait pas seulement ancrée fortement à l'Ouest, mais elle renforcerait et amplifierait durablement ses alliances occidentales par sa contribution à l'approfondissement et à l'intégration. Le Conseil européen qui eut lieu le 28 avril 1990 à Dublin salua dans l'unification allemande un «facteur positif» pour le processus d'unification européenne.

Les conférences «deux-plus-quatre» purent être terminées le 12 septembre 1990: A Moscou fut signé le traité qui mettait fin aux droits et responsabilités des quatre puissances victorieuses de la Seconde Guerre mondiale «en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble». La République fédérale recouvrait ainsi sa souveraineté pleine et entière sur les questions intérieures et extérieures. Ses frontières étaient dorénavant définitives. L'Allemagne renonçait à la fabrication et à la possession d'armes nucléaires, bactériologiques et chimiques; et s'engageait à réduire ses effectifs à 370 000 soldats. L'Allemagne pouvait choisir librement ses alliances, ce qui signifiait sans aucun doute qu'elle allait appartenir à l'OTAN. La réunification allemande put ainsi être conclue aux conditions

maximales de l'Ouest, un accord que le gouvernement fédéral n'aurait pas jugé possible au début de l'année 1990.

Le 3 octobre 1990 s'effectua l'adhésion des cinq *Länder* de la RDA à la République fédérale, conformément à l'article 23 de la Loi fondamentale. Ensuite cet article fut remplacé par un autre qui inscrit la contribution de la République fédérale à la construction de l'Union européenne. Le même jour lors de la grande fête à l'occasion de l'unité allemande devant le Reichstag de Berlin, la République fédérale se présenta comme heureuse, mais mesurée, paisible et ouverte sur le monde.

«Le secret du succès de la réunification», comme le souligne Werner Weidenfeld, «réside en fait dans la conjoncture de différents facteurs: des conditions générales favorables, l'habileté des hommes d'Etat et des diplomates et enfin une pincée non négligeable de hasard heureux». La régulation des aspects internationaux, de l'unité «extérieure» fut un succès remarquable.

Après 1990, l'enjeu n'était rien moins que la réunification de la nation allemande. C'est pourquoi l'objectif d'une unité «intérieure» fut d'autant plus difficile à atteindre pour une nation qui s'était divisée sur le plan politique, économique, culturel et intellectuel au cours des quarante dernières années – mais en 1990 cela n'apparaissait pas encore à beaucoup de personnes ou était mis de côté dans l'euphorie (justifiée).

*Traduit de l'allemand par Nicole Leier*